

Stand: 22.04.2026 08:06:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10586

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Sichere Integration externer Daten in das polizeiliche Netz (Kap. 03 17 Tit. 812 96)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10586 vom 05.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Holger Dremel, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Thorsten Glauber, Tobias Gotthardt, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Sichere Integration externer Daten in das polizeiliche Netz
(Kap. 03 17 Tit. 812 96)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 17 wird der Ansatz im Tit. 812 96 (Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software) für das Jahr 2026 von 17.605,4 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 18.605,4 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Polizei stellt sich der Digitalisierung auch an der Schnittstelle zum Bürger. Hierfür werden zukünftig Leistungen wie eine Online-Wache oder ein Upload-Portal angeboten. Aber auch in Ermittlungsverfahren sind eine Vielzahl von digitalen Spuren in die polizeilichen Systeme zu überführen und auszuwerten. Auch der verschlüsselte Mailverkehr von und zu Stellen außerhalb der Polizei soll künftig wesentlich vereinfacht werden. An der zentralen Schnittstelle zu den polizeilichen Systemen ist eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen, welche die polizeilichen Systeme vor Angriffen von außen schützt.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)